

BAUWERBLICHE VERBÄNDE

BAUWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Kontakt: Harald Siebert
Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
h.siebert@bgv-nrw.de

Absage an „bürokratischen Wasserkopf auf Bundesebene“

NRW unterstützt Baugewerbe in Sachen „schlanker“ Fernstraßengesellschaft

Düsseldorf. Die Landesregierung teilt die Auffassung der Baugewerblichen Verbände (BGV), dass eine zu gründende Bundesfernstraßengesellschaft eine „schlanke“ Struktur haben und der Bund seine Förderung auch der kommunalen Straßen über das Jahr 2019 hinweg fortsetzen muss. In diesem Sinne hat jetzt Staatssekretär Michael von der Mühlen aus dem Bau- und Verkehrsministerium auf ein gemeinsames Schreiben von BGV-Hauptgeschäftsführer Lutz Pollmann und seinem Kollegen Hermann Schulte-Hiltrop vom Baugewerbe-Verband Westfalen geantwortet.

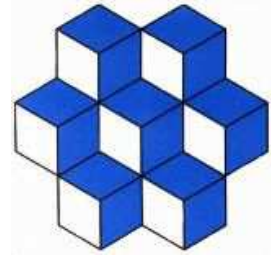
Von der Mühlen dankt beiden Verbandsvertretern ausdrücklich für ihr „öffentliches Auftreten zugunsten einer auskömmlichen Finanzierung unserer Verkehrswege und für eine Reform der Bundesfernstraßenverwaltung, die nicht zu einem bürokratischen Wasserkopf auf Bundesebene führt“. Die geplante Fernstraßengesellschaft soll nach Überzeugung des Landes lediglich „strategische Kernaufgaben der Netzentwicklung“ erfüllen. Dabei könne sie dann „die gewachsenen Kompetenzen der Länder“ bei der Planung, Vergabe und Durchführung von Bauprojekten „weiterhin umfassend nutzen“. In Sachen Finanzierung der kommunalen Verkehrswege hält es von der Mühlen für „ein Unding“, wenn „angesichts der allen Fachleuten bekannten prekären Lage“ dort die Bundeszuschüsse nach 2019 auslaufen würden. „Dazu darf es nicht kommen.“

Der Staatssekretär liegt damit auf der Linie der Argumentation des Baugewerbes in diesen beiden Fragen. Ihm kommt es mit Blick auf die Fernstraßengesellschaft darauf an, dass „eine umfassende Zentralisierung der Verwaltung einschließlich der Planung und Auftragsvergabe ausschließlich auf Bundesebene“ nicht erfolgt. Auf der anderen Seite müssten die so genannten Entflechtungs- und Regionalisierungsmittel des Bundes, die in die kommunalen Straßen fließen, langfristig gesichert werden.

Allerdings hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsident(inn)en, also auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, diese Themen bei ihrem Treffen Mitte Juli wenn überhaupt dann nur am Rande angesprochen. Sie seien „noch nicht zu Ende verhandelt“ und man wisse

PRESESEINFORMATION

nicht, wenn sie wieder auf die Tagesordnung gesetzt würden, hieß es als Kommentar dazu aus dem Bundeskanzleramt und der Düsseldorfer Staatskanzlei.



PI 07/2016

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Verbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer. Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zentralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.

PRESSSEINFORMATION